



Nach den Neuwahlen am 29. Februar wurden die Behörde für Umwelt und Gesundheit und die Baubehörde zu einer neuen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zusammengelegt. Manfred Braasch und Paul Schmid vom BUND sprachen mit dem neuen Senator Dr. Michael Freytag und der Staatsrätin für Umwelt, Dr. Herlind Gundelach, über die künftige Ausrichtung der Hamburger Umweltpolitik.

Umweltpolitik auf Augenhöhe

Frau Dr. Gundelach, mit Ihrer Person bekommt der Umweltbereich in Hamburg wieder eine fachkompetente Leitung. Wo sehen Sie Ihre Handlungsmöglichkeiten unter dem Dach der Baubehörde, die das Projekt Wachsende Stadt mit allen Konsequenzen vorantreiben soll.

Wir sind nicht unter dem Dach der Baubehörde, sondern wir sind die neue Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Das ist ein Zusammenführen auf gleicher Augenhöhe. Die Umweltpolitik hat in den 80-er Jahren als Reparaturwerkstatt für Luft und Wasser begonnen. Nun sind die großen Aufgaben erledigt und wir brauchen eine Integration

des umweltpolitischen Gedankens in alle anderen Politikbereiche. Insofern ist es wichtig, Umwelt mit den Ressorts zusammenzuspannen, in denen die Konflikte sich ganz besonders drängen.

Im Zuge der »Wachsenden Stadt« wird es aber Konflikte geben, die einer politischen Entscheidung bedürfen. Das heißt doch, dass diese künftig unterhalb der Senatsebene getroffen werden.

Ich habe vier Jahre Erfahrung in einem kombinierten Ressort und ich habe keine Probleme gehabt, Umweltaspekte mit guten Argumenten durchzusetzen. Wenn Sie Streitereien in den Senat hinein tragen, dann haben Sie immer jemanden, der sein Gesicht verliert. Deswegen ist es sinnvoller, schon auf der Arbeitsebene zu vernünftigen Regelungen zu kommen.

Im Leitbild »Wachsende Stadt« ist die Rede von zusätzlich 300.000 Einwohnern. Sehen Sie für die Hansestadt eine natürliche Grenze, jenseits der man die Grüne Metropole sozusagen opfern würde?

Nein, die sehe ich nicht. Unser Ziel ist es, die Flächeninanspruchnahme durch Nutzung von Konversionsflächen, durch Lückenbebauung und verdichtetes Bauen so gering wie möglich zu halten.

Die einflussreiche Handelskammer fordert nun, basierend auf dem Flächennutzungsplan von 1973 weitere 10 Prozent Flächen für Wohnen und Gewerbe auszuweisen.

Unser Weg ist zunächst ein anderer. Wir wollen einen so genannten Masterplan Konversion aufstellen, das heißt, wir wollen ermitteln, wo es Konversionsflächen gibt und wofür diese geeignet sind. Dass wir aufbauend auf diesen Masterplan zu einer Fortschreibung des Flächennutzungsplans kommen, ist nicht auszuschließen.

Darf man dies zunächst als ein Moratorium für die Grüne Wiese ansehen?

Es ist auf jeden Fall unser Schwerpunkt, alle Möglichkeiten auf schon vorhandenen Flächen zu nutzen.

Es gibt in den Walddörfern einige umstrittene Bebauungspläne, die großen Widerstand vor Ort auslösen. Werden Sie diese Pläne weiter betreiben oder werden Sie zunächst den Masterplan Konversionsflächen umsetzen?

Diese Frage kann ich Ihnen heute noch nicht beantworten. Ich bitte um Verständnis, dass ich in der kurzen Zeit, in der ich hier in Hamburg bin, nicht im Detail in diese Bebauungsplanproblematik einsteigen konnte.

Welche Zukunft sehen Sie für die Entwicklung des Süderelbgebietes?

Auch hier konnte ich mich noch nicht tiefer gehend einarbeiten. Doch für mich ist die Nachhaltigkeit ein zentrales Thema und dazu gehört, dass der ländliche Raum gleichberechtigt behandelt werden muss.

Herlind Gundelach.
Staatsrätin für
Umwelt in der
neuen Behörde für
Stadtentwicklung
und Umwelt.



Wie wollen Sie vor dem Hintergrund einer weiter wachsenden Stadt mit dem Thema Ausgleich und Ersatz umgehen?

Ich halte es immer für sinnvoll, Ausgleichsmaßnahmen so vorzunehmen, dass gleichzeitig mehrere Aspekte zum Tragen kommen. Dies können auch sinnvolle Maßnahmen außerhalb des Hamburger Gebietes sein, vorausgesetzt, es gibt mit den Nachbarländern ein gemeinsames Interesse.

Es gibt aus der Enquetekommission des Bundestages den Vorschlag, in Bezug auf die Flächenfrage bis 2010 auf 10 Prozent der Netto-Neuversiegelung zu kommen. Könnten Sie sich eine entsprechende Formulierung auch für Hamburg vorstellen?

Mit Prozentzahlen möchte ich mich in diesem Zusammenhang ungern festlegen. Die Leitlinie ist, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten.

Im Bereich Öffentlicher Nahverkehr will der Senat das U-Bahnnetz in die HafenCity, nach Barmbek, Steilshoop und Bramfeld ausweiten. In welchem Zeitrahmen wollen Sie die einzelnen Abschnitte realisieren?

Die U 4 in die Hafencity soll nach meinen Informationen im Jahr 2011 in Betrieb gehen, die anderen Abschnitte zeitnah nach der Anbindung der HafenCity.

Wie wollen Sie trotz voraussichtlich fehlender Bundeszuschüsse den Bau finanzieren?

Nach meiner Kenntnis ist die Finanzierung der U 4 in die HafenCity im Haushaltsplanentwurf abgesichert.

Und die anderen Abschnitte?

Wie wollen Sie denn Projekte zum Ende des Jahrzehnts und danach schon heute im Etat darstellen?

Fast 120.000 Hamburger Bürger sind gesundheitsgefährdendem Verkehrslärm ausgesetzt. Vor kurzem wurde in einigen Ausfallstraßen die Höchstgeschwindigkeit heraufgesetzt, was nachweislich zu noch mehr Lärm führt.

Sie meinen sicher die Erhöhung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 auf 60 km/h. Diese bedeutet lediglich eine Erhöhung des Lärms um 1 Dezibel.

Nach den uns bekannten Studien 3 Dezibel, das ist fast eine Verdoppelung des Lärms.

Da stehen die Gutachten gegeneinander. Nach meiner Kenntnis müssten Sie auf Tempo 80 erhöhen, um auf die 3 Dezibel zu kommen. Dessen ungeachtet gibt es natürlich eine Vielzahl von Möglichkeiten, Lärm zu vermeiden. Ich denke an Schallschutzwände, Schallschutzfenster und Lückenbebauung, die dazu führt, dass die hinter der unmittelbaren Wohnzeile liegenden Häuser besser geschützt sind.

Sie setzen also auf Maßnahmen zum Schutz vor dem Lärm und nicht auf Maßnahmen zur Reduzierung an der Quelle?

Das eine tun heißt nicht, das andere zu lassen. Wir setzen zum Beispiel auf einen stetig fließenden Verkehr. Dieser ist nicht so belastend wie ein ständiges Stop and Go. Und natürlich auch auf technische Verbesserungen.

Die Klimaschutzbilanz der Stadt Hamburg fällt katastrophal aus. Sinnvolle Programme wie etwa »Arbeit und Klimaschutz« sind aber mit zu wenig Kapital ausgestattet.

Der Senat fördert dieses Projekt doch mit dem beachtlichen Betrag von jährlich 3,5 Millionen Euro. Wenn Sie im Bereich der Altbauanierung aber den großen Wurf haben wollen, geht das nur über steuerliche Vergünstigungen für die Hausbesitzer. Ich halte hier eine Initiative im Bundesrat für wünschenswert, aber gegenwärtig vor allem steuerpolitisch nicht für durchsetzbar.

Ein wichtiger Bereich sind auch die Neubauten. Gerade im Bereich der HafenCity gäbe es die große Chance, diese als ein »Leuchtturmprojekt« für ressourcenschonendes Bauen zu entwickeln, das europaweit beachtet wird.

In der HafenCity passiert in dieser Richtung eine ganze Menge. Dort ist vorgesehen, dass bei Gebäuden mit zentraler Warmwasserbereitung 30 % aus erneuerbaren Energien stammen sollen, d.h. wohl weitestgehend aus Solarthermie. Für die übrigen 70 % des Warmwasserbedarfs und den gesamten Heizungsbedarf soll die Kraft-Wärme-Kopplung vorgeschrieben werden. Dies ist doch ein vernünftiger Weg.

Wie stehen Sie zur Privatisierung der Hamburger Wasserwerke?

Die Hamburger Wasserwerke gehören nicht zu den Unternehmen, die zum Verkauf anstehen. Im Übrigen will Hamburg immer mindestens eine Mehrheitsbeteiligung halten.

Bereits bei einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft müssen Entscheidungen laut Gesetz vorrangig im Interesse der Aktionäre getroffen werden und nicht im Sinne der Verbraucher und der Umwelt.

Sie brauchen für einen Anteilsverkauf nicht zwingend eine Aktiengesellschaft. Da im Moment ohnehin nicht daran gedacht wird, die Hamburger Wasserwerke zu verkaufen, gibt es keinen Anlass, über solche Fragen nachzudenken.

Noch liegen keine belastbaren Daten zu den Auswirkungen der letzten Elbvertiefung vor. Trotzdem treibt der Hamburger Senat auf Bundesebene bereits die nächste Vertiefung voran. Wie will die für Umwelt zuständige Fachbehörde die Position des Umweltschutzes vertreten?

Der Hamburger Hafen und dessen Erreichbarkeit ist eine zentrale Frage für die Wirtschaftlichkeit dieser Stadt. Darüber hinaus gibt es eine relativ enge Kooperation zwischen den norddeutschen Ländern, um darüber nachzudenken, wie die jeweiligen Standorte ausgebaut werden. Die Elbe ist auch bezüglich der FFH-Richtlinie in der Diskussion. Hier sind wir der Ansicht, dass die Erreichbarkeit des Hafens auf Dauer gesichert sein muss.

Von Hafenwirtschaft und Handelskammer wird massiv der Ausbau der Mittel- und Oberelbe eingefordert, um eine ganzjährige Befahrbarkeit zu gewährleisten. Wie wollen Sie dem Zielkonflikt zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen begegnen?

Mit Fragen zur Elbe östlich von Hamburg habe ich mich noch nicht detailliert auseinander gesetzt. Daher möchte ich im Moment zu dieser Thematik keine Einschätzung geben.

Fakten schaffen

Unabhängig von den Beteuerungen der Hamburger Regierung, mit den Betroffenen vor Ort zu reden, werden im Süderelbraum derzeit Fakten geschaffen. Obwohl der Planfeststellungsbeschluss für die erneute Verlängerung der Start- und Landebahn in Finkenwerder noch gar nicht vorliegt, werden im Rosengarten bereits die ersten Häuser abgerissen. Die Stadt Hamburg, erfahren in der Zerstörung des Fischerdorfes Altenwerder, zeigt, wo der Hammer hängt!

Naturschutz, landwirtschaftliche Nutzung und dörfliche Strukturen werden einem einzigen Unternehmen geopfert. Begleitet von einer unheilvollen Allianz stumpfer Landespolitiker und Wachstumsgläubiger, laufen gesellschaftliche Spielregeln und geordnete Planungsprozesse aus dem Ruder.

So auch beim Erörterungstermin in der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg Anfang des Jahres. Airbus war nicht einmal in der Lage, umfassend Auskunft zu geben und den Bedarf für eine längere Landebahn schlüssig zu begründen. Die berechtigte Verärgerung der Einwender, vor allem der betroffenen Bürger aus Neuenfelde, hat der Verhandlungsleiter zum Anlass genommen, die Veranstaltung zu beenden und keine weitere Erörterung zuzulassen

- konsequent und ignorant zugleich.

Die Stadt fühlt sich gut aufgestellt. Sie hat sich ein Enteignungsgesetz gezimert, sie versucht die Moral der Anwohner in Neuenfelde zu untergraben und sie hat das Planverfahren so manipuliert, dass nur ein Ergebnis herauskommen kann. Einer der maßgeblichen Architekten der Airbus-Erweiterung, Günther Bonz, ist nun auch noch Staatsrat geworden - ebenfalls konsequent.

Wer nun glaubt, der BUND und sein Geschäftsführer übertreiben mal wieder, dem rate ich: Kommen Sie in den Süderelbraum, schauen Sie sich die grassierende Zerstörung an und schauen Sie auch noch in die 20-30 Aktenordner zu diesem »Fall«. Sie werden merken: Es ist alles noch viel schlimmer. Und genau deshalb machen wir weiter!

Manfred Braasch



Muskeln zeigen. Die Stadt lässt den Rüther-Hof in Neuenfelde abreißen.

Fortsetzung von Seite 2
(Senator Dr. Michael Freytag kommt dazu)

Herr Senator, wir haben noch ein paar Fragen für Sie aufgespart. Besonders spannend ist für uns die Entwicklung des Süderelbraums.

Die Überschrift für unsere Regierungsarbeit war, mit den Betroffenen zu sprechen und nicht jetzt vom Grünen Tisch zu entscheiden, was wir tun. Es war der Sinn der Zusammenführung von Stadtentwicklung und Umwelt, Naturschutz, Landschaftsschutz und die Interessen einer Industriestadt wie Hamburg miteinander zu verbinden. Diese Behördenleitung steht dafür, dass Umweltschutz einer der zentralen Punkte der Politik sein wird. Frau Dr. Gundelach und ich werden anders als bisher Konflikte bereits am Anfang eines Prozesses hier in der Behörde aus einer Hand heraus lösen. Das heißt, die Chancen für den Umweltschutz steigen. Wir wollen auch, dass der Umweltaspekt bei der parlamentarischen Beratung genügend zeitlichen Raum hat. Deshalb wird es nach wie vor einen eigenen Umweltausschuss geben.

Der Bereich Planung soll im Zusammenhang mit der Wachsenden Stadt zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Personalbestand in den zuständigen Behörden wurde aber in den vergangenen Jahren massiv abgebaut.

Die Haushaltslage gebietet eine effektivere Nutzung der Ressourcen. Auch hier ist der Zusammenschluss der beiden Behörden von großem Vorteil. Gerade beim Thema Planung gibt es Synergieeffekte. Dort wo es Überlappungen gibt, wird es gemeinsame Vorlagen mit dem Oberbaudirektor geben. Ich bin aber der Meinung, dass qualitative Politik nicht nur

eine Frage der Zahl der Mitarbeiter ist, sondern eine Frage der Inhalte, die man voranbringen möchte.

Welchen Stellenwert hat für Sie die Arbeit der Umweltverbände und wie stellen Sie sich die künftige Zusammenarbeit vor?

Es ist ganz selbstverständlich, dass wir mit den Umweltverbänden zusammenarbeiten. Sie vertreten die Interessen der Natur, deshalb sind sie naturgemäß unser Gesprächspartner. Ich bin dafür, dass man miteinander spricht und nicht übereinander.

Wird es weiterhin eine finanzielle Unterstützung der Verbände geben, oder ist für Sie im Zweifelsfall das Graffiti-Programm wichtiger?

Hier gibt es kein Schwarz oder Weiß. Wir sind der Meinung, dass jede Institution, die in dieser Stadt aktiv ist, ihre Existenzberechtigung hat und eine gesunde Umwelt ist für uns ein wichtiger Standortfaktor. Allerdings ist auch klar, dass wir unter ganz großem Spardruck stehen und es in keinem Bereich einen Schutz gegen jedwede Veränderung gibt. Über die Höhe von Zuwendungen wird man sich von Jahr zu Jahr unterhalten müssen.

Herr Senator, Frau Dr. Gundelach, wir danken für dieses Gespräch.



Michael Freytag. Senator für Stadtentwicklung und Umwelt.

Krötenwanderung Bürger helfen mit

Die warmen Nächte Anfang März haben wie in jedem Jahr Kröten, Frösche und Molche aus ihren Winterquartieren gelockt. Mit dem Erwachen aus der Winterstarre begann die Wanderung zu den traditionellen Laichgewässern.

Der BUND rief in diesem Jahr alle Autofahrer dazu auf, entsprechende Warnschilder zu beachten und in den gekennzeichneten Gebieten Schrittempo zu fahren bzw. generell in der Nähe von Feuchtgebieten das Tempo zu drosseln.

Außerdem bat der BUND die Hamburger Bürgerinnen und Bürger über die Presse, alle ihnen bekannten Wanderbereiche der Amphibien dem Hamburger Umweltzentrum mitzuteilen. Der BUND wollte das Aufstellen von Krötenzäunen und weiteren Warnschildern veranlassen.

Es gab viele Anrufe, von denen zwei besonders interessant waren. Am Bayerweg und am Rahweg in Niendorf finden offensichtlich seit Jahren Krötenwanderungen im großen Stil statt, ohne dass dort bisher etwas für den Schutz der Amphibien getan wurde.

Irmgard Dudas, die Beraterin des BUND am »Grünen Telefon«, setzte sich kurzfristig mit dem zuständigen Tiefbauamt und dem Polizeikommissariat 24 in Verbindung. Bei einem Ortstermin am 13. April wurden geeignete Stellen für Warnschilder gesucht und auch gefunden.

Die komplette Sperrung der Straßen war leider nicht möglich. Die Warnhinweise werden künftig aber in jedem Jahr rechtzeitig aufgestellt.

Haus der BUNDten Natur Ein Fest im Park

Am Sonntag, den 13. Juni 2004, ist es soweit. Der neue Garten des Kinder-Umwelthauses wird mit einem großen Fest im Haus der BUNDten Natur und im angrenzenden Kellinghusenpark eingeweiht. Die Deutsche Post AG hatte die Umgestaltung des Gartens im vergangenen Sommer mit einer großzügigen Spende ermöglicht.

Das Einweihungsfest unter dem Motto »Begegnungen in Natur und Kunst« wird mit vielen Attraktionen aufwarten: So können sich die Besucher in die Kronen der Parkbäume hieven lassen und alles aus der Vogelperspektive betrachten. Sie können Bekanntschaft mit den Tieren im Teich machen oder beim Märchen-erzähler neue Welten kennen lernen. Zauberer Jannis wird die Kinder in die Welt der Magie entführen und Trommler Kilian bringt viele Instrumente zum Mitmachen mit.

Das Fest beginnt um 13 Uhr mit einem großen Kinder-Flohmarkt, auf dem gut erhaltenes Spielzeug und Bücher die Besitzer wechseln können.

*Kinder-Umweltfest in Eppendorf,
Sonntag, 13. Juni, 13 - 18 Uhr;
Anmeldung für den Flohmarkt und
weitere Info: Tel. 460 34 32*

Hamburger Umweltzentrum Neuer Förderkreis

Um die Vielfalt und die zahlreichen Veranstaltungen und Bildungsangebote im Hamburger Umweltzentrum langfristig zu sichern, setzt der BUND auf ein neues Finanzierungsinstrument.

Ab sofort können Menschen, die das Zentrum regelmäßig mit einem festen Förderbeitrag unterstützen wollen, Mitglied im Förderkreis Karlshöhe werden. Die zweckgebundene Spende für das Hamburger Umweltzentrum ist steuerlich absetzbar.

*Kontakt:
Hamburger Umweltzentrum,
Tel. 040/ 600 38 60*

Volksbegehren im August Keine Privatisierung

Die Privatisierung der Hamburger Wasserwerke würde eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Qualität, die nachhaltige Bewirtschaftung und die Bezahlbarkeit des Trinkwassers in Hamburg bedeuten. Beispiele aus Großbritannien und Berlin belegen dies eindrucksvoll.

Der BUND unterstützt deshalb die Initiative »Unser-Wasser-Hamburg« (UWH), die sich für einen Verbleib der Wasserwerke im Eigentum der Stadt Hamburg einsetzt.

Nach einer erfolgreichen Volksinitiative im vergangenen Jahr organisiert »Unser-Wasser-Hamburg« nun vom 23. August bis zum 5. September 2004 den nächsten Schritt, ein Volksbegehren mit dem Ziel, die Hamburger Wasserwerke zu 100 Prozent im Besitz der Stadt zu halten.

Dafür müssen innerhalb von zwei Wochen mehr als 60.000 Unterschriften zusammenkommen. Für diesen Kraftakt ist UWH auf praktische Mitarbeit und Spenden angewiesen. Der BUND bittet deshalb alle, die das Volksbegehren unterstützen wollen, sich diesen Zeitraum vorzumerken und ihre Hilfe bereits anzukündigen.

*Kontakt:
Hamburger Umweltzentrum,
Tel. 040/ 600 38 60 oder
eMail bund.hamburg@bund.net*

*Weitere Informationen:
www.unser-wasser-hamburg.de
oder Joachim Schöfer, Tel. 59 04 06*

Wildstauden



Feld-, Wald- und
Wiesenblumen
Sumpf- und Wasserpflanzen
Wildgräser, Wildkräuter



Heimische Wildpflanzen für die lebendige Gartengestaltung

Wildstaudengärtnerei G. FLATHMANN

Schulgartenweg 4
22525 Hamburg (Volkspark)

Tel. (040) 89 07 07 04
Fax (040) 89 07 07 05

Internet: www.wildstauden.de

BUNDmagazin regional

Hamburg 2/2004

Herausgeber:

BUND-Landesverband Hamburg
Lange Reihe 29, 20099 Hamburg
Tel. 040/600 38-60, Fax -20
eMail: bund.hamburg@bund.net
www.bund.net/hamburg

Redaktion, Satz und Layout:
Paul Schmid

Auflage: 6.000

Druck: Brühl, Gießen